

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuß

36. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. August 1998, 10:00 Uhr
im Informationsraum des Medauhauses in Bergenhusen

Anwesende Abgeordnete

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Ingrid Franzen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Dr. Adelheid
Winking-Nikolay

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Holger Astrup (SPD)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1173	
2. Termin für die Anhörung zur Agenda	21
5	
3. Aktenvorlagebegehren	
6	
4. Bereisung des ETS-Gebiets	
7	

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr im Informationsraum des Medauhauses in Bergenhusen und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1173

hierzu: Umdrucke 14/1104, 14/1606, 14/1629, 14/1697, 14/1703,
14/1705, 14/1721, 14/1826, 14/1881, 14/1892, 14/2042

(überwiesen am 22. Januar 1998)

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, stellt fest, daß im Blick auf die Möglichkeit, die Nachsorgekosten für Deponien in die Abfallgebührenberechnung einzubeziehen, Landkreistag und Innenministerium sowie Wissenschaftlicher Dienst des Landtages immer noch unterschiedliche Auffassungen vertreten, die jedoch auf der rechtlichen Bewertung der vorliegenden Regelungsvorschläge beruhen. Auf der anderen Seite stehe das einvernehmliche Bemühen aller Fraktionen, eine für die Kommunen tragfähige Regelung zu treffen.

Nach übereinstimmender Auffassung der Fraktionen sollte zunächst der Innen- und Rechtsausschuß in seiner nächsten Sitzung, die ebenfalls - wie auch die Sitzung des Umweltausschusses, in der über eine Beschlußempfehlung an den Landtag entschieden werden soll - am 16. September 1998 stattfinden wird, die Rechtsfragen klären und dem Ausschuß für seine weiteren Beratungen einen Regelungsvorschlag zu § 5 Abs. 2 übermitteln.

Der Ausschuß stellt die weiteren Beratungen bis zu dieser Sitzung einvernehmlich zurück.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Termin für die Anhörung zur Agenda 21

Im Hinblick darauf, daß während der für den 24. und 25. September 1998 anberaumten Anhörung zu dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Agenda 21 kein Raum für mögliche Präsentationen der Anzuhörenden zur Verfügung stehen wird, da das Landeshaus an den Tagen vor der Bundestagswahl durch Mitarbeiter der Rundfunkanstalten, des Landeswahlleiters und des Statistischen Landesamtes belegt ist, kommen die Fraktionen überein, während der bevorstehenden Plenartagung zu klären, ob ein zusätzlicher Anhörungstermin für die Präsentationen anberaumt oder die gesamte Anhörung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren

Der Ausschuß nimmt das Schreiben des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Umdruck 14/2234, zur Kenntnis. Er ist einmütig der Auffassung, daß ihm die erbetenen Akten in den Räumen des Parlaments - Zimmer 128 des Landeshauses - zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt werden sollten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bereisung des ETS-Gebiets

Dr. Schulz vom Naturschutzzentrum Bergenhusen begrüßt den Ausschuß und gibt eine Einführung in die überwiegend theoretisch und wissenschaftlich orientierte Arbeit des Naturschutzzentrums sowie eine Übersicht über den Personalbestand und die Projekte, insbesondere den internationalen Weißstorch-Zensus, der seit 1994/95 in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus mehr als 40 Ländern erhoben wird, sowie weitere Vorhaben, denen sich das Naturschutzzentrum besonders intensiv widmet. Neben den Maßnahmen zum Schutz des Weißstorches und seiner Erforschung stünden die Öffentlichkeitsarbeit, der regionale Naturschutz in der Eider-Treene-Sorge-Niederung, die Förderung des sanften Tourismus mit Fremdenverkehrsentwicklung und Besucherlenkung sowie der Schutz, die Erhaltung und Erforschung von Feuchtgebieten sowie das Artenschutzprogramm.

Im Anschluß an die Ausführungen von Dr. Schulz stellt der Amtsvorsteher und Bürgermeister der Gemeinde Bergenhusen, Herr Mumm, die Gemeinde Bergenhusen mit ihren Infrastruktureinrichtungen und Besonderheiten vor. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Region der Eider-Treene-Sorge-Niederung vom Bundesbauministerium als „Region der Zukunft“ ausgezeichnet worden sei.

In der Aussprache bekräftigt Abg. Astrup auf eine Anmerkung von Bürgermeister Mumm, daß gerade im Rahmen des Eider-Treene-Sorge-Projekts die Bevölkerung weitestgehend in die Maßnahmen einbezogen worden sei. Auch wenn nach seinem Eindruck - zumindest von dem Steueraufkommen und der Zahl der Arbeitsplätze her - die Landwirtschaft nicht als Haupteinkommensquelle im Bereich des Amtes Stapelholm angesehen werden könne, so werde das Gebiet doch ohne eine intakte Landwirtschaft nicht bewohnt werden können.

Abg. Todsén hebt die Problematik der Zielsetzungen des Naturschutzes in der Eider-Treene-Sorge-Niederung hervor. Sie kommt auf die Untersuchungen des Naturschutzzentrums zum Bestand der Wiesenvögel und die von Dr. Schulz herausgestellte Veränderung des Wasserstandes in der Eider-Treene-Sorge-Niederung zurück, die weitreichende Folgen für die dort lebende Tierwelt habe. Dr. Schulz stellt dazu klar, daß sich die Untersuchungen nur auf ein kleines Gebiet bezögen. Auf keinen Fall sollte, wenn in einem bestimmten Jahr - wie 1998 - eine extreme Situation herrsche, der Naturschutz generell zurückgedrängt werden.

Abg. Franzen erkundigt sich nach dem von Dr. Schulz erwähnten Projekt „Lüttensee“. Dr. Schulz berichtet, daß in Bergenhusen die Nahrungsgrundlage für die Störche immer weiter wegfalle und deren Bruterfolg abnehme. Es bestünde jedoch die Möglichkeit, den früheren Lüttensee, der jetzt ein Teil Bergenhusens sei, anzustauen, in dem sich dann die Nahrung für die Störche entwickeln könnte. Zwei oder drei Landwirte, die diese Flächen derzeit bewirtschafteten, wären bereit, sie gegen Tauschflächen in unmittelbarer Nähe von Wohlde zu verkaufen. Solchen Flächen stünden aber nicht zur Verfügung, so daß die Landgesellschaft das Projekt als nicht realisierbar einstufe. Es wäre jedoch nicht nur im Blick auf die Störche wichtig, sondern auch im Blick auf den Tourismus, der in dieser Region nahezu ausschließlich auf den Störchen beruhe. Insgesamt umfasse die Fläche, die für das Projekt in Betracht käme, 25 ha, von denen 12 ha noch erworben werden müßten, für die dann ein Betrag zwischen 200.000 DM und 300.000 DM zur Verfügung stehen müßte.

Bürgermeister Mumm bekräftigt auf eine Nachfrage der Vorsitzenden, Abg. Tengler, daß die Gemeinde dieses Projekt begrüßen würde. Es scheitere jedoch an dem Mangel an Austauschflächen.

Auf die Frage der Abg. Dr. Happach-Kasan nach der Rolle und den Bedingungen des Vertragsnaturschutzes in der Eider-Treene-Sorge-Region hebt Dr. Schulz als wichtigen Aspekt hervor, daß die landwirtschaftlichen Aktivitäten den Bedingungen des Naturschutzes angepaßt werden sollten und sich nicht umgekehrt der Naturschutz an den landwirtschaftlichen Aktivitäten sollte orientieren müssen.

Im Anschluß an die einführende Diskussion bereist der Ausschuß verschiedene Stationen des Eider-Treene-Sorge-Gebiets.

Im Hotel Zur Treene in Schwabstedt schließt die Vorsitzende, Abg. Tengler, die Sitzung um 17:40 Uhr.

gez. Tengler
Vorsitzende

gez. Burdinski
Geschäfts- und Protokollführer

